



München, 26.07.2016

Kultusministerium trickst bei Zahl der Schulpsychologen

Bildungsausschussvorsitzender Güll: Tatsächlich nur 220 Vollzeitstellen für Schulpsychologen für über 5.000 Schulen

Das Kultusministerium trickst bei der Zahl der Schulpsychologen in Bayern. Darauf weist der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag, **Martin Güll**, hin: "Das Kultusministerium spricht immer von 880 Köpfen im Schuljahr 2015/16. Aber davon sind die meisten hauptsächlich als normale Lehrkräfte tätig. Tatsächlich haben wir für alle 5.000 Schulen in Bayern gerade einmal 225 Vollzeitstellen für Schulpsychologen. Angesichts des Amoklaufs eines 18-jährigen Schülers in München kommen wir mit beschwichtigenden Zahlenspielen des Ministeriums nicht weiter."

Der SPD-Bildungsexperte fordert eine flächendeckende Ausstattung mit Schulpsychologen und Sozialarbeitern an allen Schulen in Bayern. "Über zwei Drittel der Schulpsychologen haben nicht einmal sechs Schulstunden pro Woche Zeit, sich um die Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Da ist es doch kein Wunder, dass Schulen insgesamt viel zu wenig Unterstützung bekommen." Für die beruflichen Schulen schaue die Lage noch viel dramatischer aus. Gerade einmal 33 Lehrkräfte mit einer Kapazität von nicht einmal 6 Vollzeitstellen stehen laut einer offiziellen Auskunft auf eine Schriftliche Anfrage für über 250.000 Berufsschüler zur Verfügung. „Und die Fachoberschulen, auf die zuletzt auch der Amokläufer ging, sind nahezu schulpsychologenfrei.“

Güll verlangt deshalb eine Ausdehnung der Tätigkeit der Schulpsychologen. "Die teuer zu Psychologen ausgebildeten Lehrkräfte müssen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit auch tatsächlich als Schulpsychologen im Einsatz sein. Allein mit dieser Maßnahme könnte man die Hilfsangebote verdoppeln", stellt Güll fest. Wertvolle Unterstützung könnten auch Sozialpädagogen an den Schulen leisten. „Wer wirklich präventive Arbeit will, muss jeder Schule einen Schulsozialarbeiter geben.“ Das würde die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich unterstützen und auf lange Sicht viele teure Sozialleistungen vermindern.